



Foto: argus/UNEP/Doto

Gerechtigkeit durch Umweltschutz

Smog 2000 in Italien: Sozial schwächere Bevölkerungsgruppen leiden stärker unter Umweltbelastungen

Erhöhtes Krebsrisiko in der Nähe von AKWs, Feinstaubbelastung an Hauptverkehrsstraßen, Lärm- und Kerosinbelastung durch Flughäfen – dass Umweltbelastungen räumlich nicht gleich verteilt sind, ist ziemlich offensichtlich. Mit zunehmender sozialer Polarisierung in Deutschland wird deutlich, was in den USA schon lange bekannt ist und in der Environmental Justice-Bewegung mündete: Sozial Schwache sind von Umweltbelastungen häufig stärker betroffen als Andere. Die Forschung zur sozialen Verteilung der Belastungen steht in Deutschland allerdings erst am Anfang und kann nur einzelne Belege liefern.

Dass auch innerhalb einer Wohlstandsgesellschaft die Menschen je nach Bildungsgrad und sozialem Status unterschiedlich von Umweltschäden betroffen sind und unterschiedliche Möglichkeiten haben, mit diesen Belastungen umzugehen, macht ein Blick in die USA deutlich. Dort sind viele Bevölkerungsgruppen in mehrerer Hinsicht benachteiligt. Die nicht-weiße Bevölkerung ist häufig weniger gut gebildet und deutlich stärker von Armut betroffen.

In den 1980er Jahren wurde immer deutlicher, dass sie auch verstärkt Umweltbelastungen ausgesetzt sind. Beispielsweise sind Industrieanlagen, die belastende Emissionen oder Abwässer produzieren, häufiger in Wohngebiete

ten der sozial benachteiligten Gruppen zu finden als in den Wohlstandsvierteln. Die Bürgerrechtsbewegung prangerte diese ungleichen Lebensverhältnisse an – es entwickelte sich die Environmental Justice Bewegung. 1994 wies US-Präsident Clinton die Bundesbehörden und Ministerien an, Umweltgerechtigkeit in ihrem Zuständigkeitsbereich zu kontrollieren und zu fördern. Die oberste Bundesbehörde EPA (Environmental Protection Agency) etablierte eine Working Group Environmental Justice und schuf spezielle Programme. Das erklärte Ziel dieser Politik: keine gesellschaftliche Gruppe soll einer übermäßigen Umweltbelastung ausgesetzt sein. Mittlerweile hat sich in den USA ein tiefgehender wissenschaftlicher Diskurs darüber

entwickelt, dass Umweltschäden, aber auch Umweltschutzmaßnahmen bestimmte Regionen und Gruppen stärker treffen als andere.

Die soziale Polarisierung ist in Deutschland nicht so ausgeprägt wie in den USA, doch kommt die Bundesregierung in ihrem Armuts- und Reichtumsberichts 2005 zu dem Ergebnis, dass Alleinerziehende, Menschen mit niedrigem Bildungsniveau und Migranten stärker von Armut betroffen sind. Sowohl das Armutsrisiko als auch die Sozialhilfequote liegen für diese Gruppen deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Differenziert nach Alter sind v.a. Kinder und Jugendliche von Armut betroffen. Frauen tragen ein höheres Armutsrisiko als Männer und

grundsätzlich wird die Kluft zwischen Arm und Reich immer gravierender.

Der Armuts- und Reichtumsbericht analysiert zwar nicht direkt das Bildungsniveau armer Bevölkerungsgruppen, belegt aber, dass eine hochwertige Ausbildung das Risiko der Erwerbslosigkeit deutlich vermindert. Weiter legt der Bericht dar, dass der Gesundheitszustand der armen Bevölkerung vergleichsweise schlecht ist. Zu den häufigen Krankheiten zählen Herzinfarkt, Verengung der Herzkranzgefäße, Bluthochdruck, Fettleibigkeit, Diabetes, chronische Bronchitis, chronische Rückenschmerzen – Krankheiten die sich teilweise auf Lärm- und Staubbelastungen zurückführen lassen. Die soziale und räumliche Spaltung ist in Deutschland immerhin schon so weit ausgeprägt, dass die Bundesregierung 1999 das Programm „Die soziale Stadt“ als Gegenmaßnahme ins Leben gerufen hat (www.sozialestadt.de).

Die systematische Erforschung, in wie weit Umweltbelastungen und umweltbedingte Erkrankungen von sozialen Faktoren - wie Ausbildung, Einkommen und ethnische Zugehörigkeit - abhängen, ist in Deutschland noch unzureichend. Professor Werner Maschewsky – einer der wenigen Umweltgerechtigkeitsexperten in Deutschland - kommt in seinen Recherchen zur Situation in Hamburg zu dem Schluss, dass großtechnische Anlagen wie Kraftwerke, Müllverbrennungsanlagen und Raffinerien räumlich ungleichmäßig verteilt sind und ihre Anzahl deutlich mit sozialen Indikatoren wie hohe Arbeitslosigkeit und Anzahl der Sozialhilfeempfänger korreliert. Fast alle Umweltprobleme, die die Gesundheit beeinträchtigen, treten in sozial benachteiligten Stadtteilen auf.

Zukünftig sollten bei der Datenerhebung zur Umweltbelastung grundsätzlich auch soziale Faktoren erfasst werden. Teilweise können aber auch vorhandene Umwelt- und Sozialdaten genutzt und miteinander verknüpft werden. Der Berliner Senat hat kürzlich sowohl einen aktuellen Sozial- und einen (Verkehrs)-LärmAtlas veröffentlicht. Würden die Daten miteinander verknüpft, könnten Verkehrsberuhigungsmaßnahmen gezielt bei besonders belasteten Gruppen

zur Verbesserung ihre Lebensqualität eingesetzt werden. Dass es sich bei den besonders belasteten Gruppen sehr wahrscheinlich um Menschen mit geringem Einkommen, geringem Bildungsstand und niedrigem Sozialstatus handelt, legen zahlreiche Einzelstudien nahe, die belegen konnten, dass diese Personengruppen häufig an verkehrsreichen Straßen leben. Eine Umweltschutzmaßnahme wäre somit gleichzeitig eine soziale Maßnahme.

Das Umweltbundesamt hat Gerechtigkeitsaspekte im aktuellen Kinder-Umwelt-Survey aufgegriffen. Die Auswertung der erhobenen Daten ist noch nicht abgeschlossen aber erste Ergebnisse zeigen, dass Kinder aus sozial schwachen Familien stärker mit Blei, Kinder aus oberen sozialen Schichten stärker mit langlebigen Pflanzenschutzmitteln belastet sind. Daten bezüglich des Wohnumfeldes und der Schadstoffbelastung aus Haushaltschemikalien werden derzeit noch ausgewertet.

Aber viele Fragen zur sozialen Verteilung von Umweltbelastungen sind noch offen: Sind arme und weniger gebildete Menschen stärker mit Pestiziden und Chemikalien belastet, weil sie erstens weniger gut informiert sind und zweitens seltener ökologisch produzierte Lebens- und Körperpflegemittel, Kleidung und Spielzeug kaufen? Werden in Deutschland vom Klimawandel außer den Alten und Kranken noch weitere Bevölkerungsgruppen stärker betroffen sein? Wer wird von der Bahnprivatisierung und von der Reduzierung des ÖPNV-Angebots im ländlichen Raum besonders betroffen sein? Und wer profitiert am meisten von ökologisch schädlichen Subventionen, wie die Entfernungspauschale?

Vom Gebäudesanierungsprogramm beispielsweise profitieren bisher noch die Eigenheimbesitzer. Mieter, die ihren Energiebedarf über bauliche Änderungen, wie Wärmeisolierung und den Einbau neuer Fenster, senken wollen, können darüber nicht frei entscheiden und haben auch keine Handhabe, ihren Vermieter dazu zu verpflichten. Ebenso wenig können sie sich für eine Heizenergieversorgung aus erneuerbaren Quellen

entscheiden. Dabei könnten Energiesparmaßnahmen und die Unabhängigkeit vom zukünftig deutlich teurer werdenden Öl und Gas vor allem die sozial schwachen Haushalte entlasten – für Geringverdiener sind 100 Euro eben mehr als für Wohlhabende.

Entscheidend ist aber auch, dass Energiesparkonzepte an die Möglichkeiten der sozial Schwachen angepasst werden. So bietet die Caritas Frankfurt Hartz-IV-EmpfängerInnen eine kostenlose Energieberatung und stellt Energiesparlampen und Steckerleisten kostenlos zur Verfügung, weil deren Anschaffung für viele Haushalte eine zu hohe Belastung wäre. Der BUND Berlin hat die erste türkischsprachige Energiesparbroschüre herausgegeben.

Dass Umweltschutz vor allem die Lebenssituation von benachteiligten Gruppen deutlich verbessern kann, sollte von den Umweltverbänden zukünftig stärker betont werden. Warum machen wir bei Forderungen nach einem besseren Schutz vor Chemikalien, Feinstaub und Verkehrslärm nicht stärker deutlich, wem dieser Schutz zugute kommt? Wenn eine geringere Lärmbelastung die Lernfähigkeit von Kindern verbessern kann und somit ihre Chancen auf Bildung und Wohlstand erhöht; wenn eine pestizidfreie Ernährung und die Reduzierung der Feinstaubbelastung die Gesundheit v.a. von sozial schwachen Personengruppen verbessert und Energiesparmaßnahmen indirekt ihr Einkommen erhöht, dann tragen diese Maßnahmen zu mehr Gerechtigkeit bei und bewirken, dass benachteiligte Gruppen stärker gesamtgesellschaftlich partizipieren können.

Letztendlich ließe sich mit dem Fokus auf Umweltgerechtigkeit klar und anschaulich vermitteln, dass Umweltschutz nicht das Bonbon ist, das man vergeben kann, wenn sozial und ökonomisch das Optimum erreicht ist, sondern dass auch in einer scheinbar naturfern agierenden Gesellschaft die Grenzen für soziales und wirtschaftliches Handeln von der natürlichen Lebensgrundlage gesetzt werden.

Annette Littmeier ist Geografin und arbeitet für den Deutschen Naturschutzring in Berlin, Kontakt: annette.littmeier@dnr.de